

Internationales Aktionsbündnis  
5.03.2006

Nach einem Artikel, der am Freitag, dem 03.03. in der Dortmunder Lokalpresse erschienen ist, finden die Guinea-Anhörungen in der Zentralen Ausländerbehörde Dortmund nicht, wie bisher vermutet, vom 06.

bis 17.03, sondern erst vom 17. - 31.03. statt. Die Kundgebung/Demonstration am 09.03. ab 14 Uhr vor der Zentralen Ausländerbehörde, Kaiserstraße 129 - 131, in Dortmund findet trotzdem wie angekündigt statt, um bereits im Vorfeld weiter Öffentlichkeit herzustellen. Ein Aufruf in französischer Sprache folgt.

Unter der Überschrift "Ab nach Afrika - Massenverhöre in der Ausländerbehörde. Protest gegen Delegation aus Guinea" schreiben die Ruhr-Nachrichten Dortmund u.a.: Internationaler Besuch, der schon im Vorfeld Protest hervorruft, hat sich in Dortmund vom 17. bis 31. März angesagt: Vier Vertreter aus dem westafrikanischen Staat Guinea kommen in die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) an der Kaiserstraße, um 350 ausreisepflichtige Asylbewerber ohne Ausweis-Papiere zu identifizieren. Die Papierlosen werden nach ihrer Herkunft befragt, mit dem Ziel, ihnen einen Pass auszustellen, damit sie abgeschoben werden können.

....

Die Flüchtlinge, die zu den Interviews einbestellt werden, kommen aus ganz Nordrhein-Westfalen und zum Teil aus Rheinland-Pfalz, die wenigsten aus Dortmund, erklärt Friedhelm-Weller, Leiter der Zentralen Ausländerbehörde, auf RN-Anfrage. Die Passbeschaffung für Guinea fällt aber NRW-weit in den Zuständigkeitsbereich der ZAB in Dortmund.

Die Delegation und der Ablauf der Anhörungen sind umstritten. Bei solchen Interviews in Hamburg sei z.B. die für die Ausstellung zuständige Botschaft in Berlin nicht beteiligt gewesen, kritisierte der Hamburger Flüchtlingsrat, die Rückführung sei damit äußerst fragwürdig, wenn nicht sogar illegal. Guinea, auf der Armutsskala der UNO 157. von 175 Staaten, sei kein Rechtsstaat, sondern seit 1984 wieder eine Diktatur, erklärt der seit 1993 eingetragene Verein für Entwicklung und Fortschritt in Guinea (ARP). Flüchtlinge, die dorthin abgeschoben werden, müssten mit einer sofortigen Festnahme rechnen, die im schlimmsten Fall lebensbedrohlich wäre.

....

ZAB-Leiter Weller kann nachvollziehen, das "jemand Probleme mit Staaten hat, was die Rechtsstaatlichkeit betrifft." Doch Deutschland pflege diplomatische Beziehungen mit Guinea. Die Delegation sei in Abstimmung mit dem Innenministerium eingeladen worden. Alles sei "ganz offiziell" gelaufen - über das Auswärtige Amt und das guineische Außenministerium in Conakry.